

Ist Bildung tatsächlich ein öffentliches Gut?



CHRISTIAN P. HOFFMANN * • April 2019

Zusammenfassung

- Die starke Rolle des Staates im Bildungssektor wird oftmals mit dem Argument gerechtfertigt, bei der Bildung handle es sich um ein öffentliches Gut. Doch dieses Argument hält einer genaueren Überprüfung nicht stand. Ein «öffentliches Gut» ist in der ökonomischen Theorie klar definiert, es weist eine Nichtrivalität und Nichtausschliessbarkeit im Konsum auf. Und selbstverständlich lassen sich Menschen von einem Studium ausschliessen – genau diesem Zweck dient der Numerus clausus. Der Platz in den Vorlesungssälen und die Zeit der Dozierenden ist sehr wohl beschränkt.
- Wenn schon kein öffentliches Gut, so das Gegenargument, dann ist aber Bildung doch im öffentlichen Interesse, denn es weist positive Externalitäten auf. Was dabei nicht berücksichtigt wird: Praktisch jedes Gut hat auch negative Externalitäten, die gegen die positiven aufzuwiegen sind. Auch sind positive Externalitäten eben Externalitäten, also nicht internalisiert, weil sie schwierig zu internalisieren sind. Das Problem der Mobilität kommt noch hinzu: Was, wenn gut Gebildete den Kanton oder das Land verlassen?
- Ein weiterer Grund, positive Externalität nicht für eine Rechtfertigung öffentlicher Förderung zu halten, sind die verzerrenden Effekte eben dieser Förderung: Beispielsweise widmen sich immer mehr Leute einem Hochschulstudium, anstatt einer Arbeit nachzugehen, ein Unternehmen zu gründen und Wohlstand zu schaffen. So paradox das auch klingt: Die geförderte Bildungsinflation könnte auch ärmer machen.
- Es ist möglich, dass die Bildungspolitik durch seine Subventionseffekte, Inflation, Präferenzverschiebung, mangelnde oder falsche Internalisierung externer Effekte etc. unter dem Strich mehr Schaden als Nutzen anrichtet. Letztlich krankt das Bildungssystem an denselben Mängeln aller Planwirtschaften.

* Der Autor ist Professor für Kommunikationsmanagement am Institut für Kommunikations- und Medienwissenschaft an der Universität Leipzig und Forschungsleiter am Liberalen Institut.

Die starke Rolle der öffentlichen Hand im Bildungssektor wird häufig durch ökonomische Argumente begründet. Nur selten jedoch können solche Argumente in Finanzierungs- und Verteilungsstreitigkeiten bestehen. Mag man sich auch über den hohen kulturellen und zivilisatorischen Wert der Bildung einig sein, über die allgemeine Wünschbarkeit einer qualitativ hochwertigen Bildung, dies allein beantwortet jedoch nicht die Frage: Wer muss härter oder länger arbeiten, wer muss sich etwas vom Munde absparen, damit Kinder und Jugendliche eine hochwertige Bildung geniessen können? Und: Welche Kinder und Jugendlichen genau – die eigenen oder auch die anderer Eltern?

Humanistische Bildungsideale finden sich also konfrontiert mit der schnöden ökonomischen Grunderkenntnis: Ressourcen sind knapp. Jenen, die Ressourcen für die Ermöglichung von Bildung aufzubringen haben, wird eine Begründung für ihren Aufwand geschuldet. Im Falle einer individuellen Verantwortung, also einer personalen Verbindung von Kosten und Nutzen oder Aufwand und Ertrag, ist dies relativ einfach, da der jeweiligen Präferenz überlassen. Warum kauft ein Mensch sich ein hoch motorisiertes Auto wenngleich in der Schweiz eine strikte Geschwindigkeitsbegrenzung herrscht? Weil das Auto Spass macht, zum Beispiel, oder auf andere anziehend wirkt, weil es einen ästhetischen Genuss bietet, oder vielleicht doch, weil es sich auf die eine oder andere Weise auszahlt – etwa durch einen zuverlässigen Transport zum Arbeitsplatz trotz widrigen Wetters. In jedem Fall erfährt der Autobesitzer einen Nutzen, welchen er gegen die entstehenden Kosten so abwägt, dass er am Ende einen Gewinn erzielt.

Kompliziert wird diese Abwägung aber bei einer Trennung von Kosten und Nutzen, insbesondere im Rahmen kollektiver Systeme. Was also, wenn Kosten bei A entstehen, der Nutzen aber bei B anfällt? Wie lässt sich dies rechtfertigen? Das utilitaristische Argument überträgt die Logik individueller Entscheidungen auf die Ebene kollektiver: Auch im kollektiven System entstehe ein Gewinn, vielleicht sogar insgesamt ein grösserer als im individuellen. Dieser Zusatznutzen könne dann so umverteilt werden, dass auch A, indirekt und vermittelt durch B, für seinen Aufwand entschädigt würde. Am Ende soll es doch allen besser, oder zumindest niemandem schlechter gehen. Pareto-optimal.

Wenig verwunderlich also, dass die Debatte um die Finanzierung und Organisation der Bildung in makroökonomische Kategorien abrutscht: Die Bildung sei ein öffentliches Gut, heisst es dann, oder zumindest ein meritorisches. Bildung habe «externe Effekte», und diese seien für alle irgendwie gut. So tief verankert sind diese Argumente im Bildungsdiskurs, dass kaum jemand noch an der ökonomischen Rechtfertigung einer staatlichen Bildungsfinanzierung zweifelt. Man mag die Zusammenhänge nicht im Detail verstehen, aber hängen bleibt: mehr Bildung ist für alle gut, darum sollen alle dafür zahlen.

Wann immer eine Weisheit zum Gemeinplatz wird, kann es sich lohnen, sie zu hinterfragen. Im Folgenden sollen daher zehn ketzerische Thesen die vermeintlich

ökonomische Rationalität der öffentlichen Bildungsfinanzierung an ihrem eigenen Anspruch messen – mit einem Fokus auf die Hochschulbildung. Nimmt man also ein utilitaristisches Argument für die Finanzierung von (Hochschul-)Bildung ernst, was liesse sich daraus ableiten?

1. Bildung ist die neue Gesundheit

Die erste These mag verwirren – Bildung die neue Gesundheit? Was ist der Zusammenhang dieser Sektoren oder Branchen? Nun, beide stellen unzweifelhaft hohe individuelle Güter dar – sie gehören vermutlich für die meisten Menschen zu den bedeutendsten. Beide sind uns Menschen also «lieb und teuer». In beiden Fällen wird der hohe Wert des Gutes als Argument für dessen kollektive Finanzierung vorgebracht: Beide seien so enorm wichtig, dass sie nicht dem Individuum überlassen werden könnten. Und in beiden Fällen findet sich das utilitaristische Argument: Durch Bildung wie durch Gesundheit des Individuums entstehe ein über das Individuum hinausgehender, ein kollektiver Nutzen. Es gehe allen (oder zumindest vielen) etwas besser, wenn manche etwas gesünder und gebildeter sind.

Die Kollektivierung beider Güter hat ähnliche Strukturen der Sektoren zur Folge: Es dominieren öffentliche Anbieter, aber Private bewähren sich in Nischen. Es kommt zu kollektiven Finanzierungssystemen mit erheblichen Umverteilungseffekten, komplexen Quersubventionierungen, Nutzungsverbilligungen etc. Der kümmerliche private Sektor ist in einem dichten Korporatismus gefangen, so dass es praktisch keine Lobby für private Alternativen mehr gibt. Es kommt letztlich in weiten Teilen zu einer Planwirtschaft mit einer binnenbürokratischen Allokationslogik – und vielen damit verbundenen Irrationalitäten und Ineffizienzen. Kostenwahrheit und -klarheit verkümmern in einem Masse, dass selbst Experten sich nicht auf objektive Bewertungen der Systeme einigen können. In beiden Fällen lässt sich in der Folge eine starke Expansion beobachten – Aufwände wachsen mit einer höheren Dynamik als die Volkswirtschaft.

Die Folge, wie stets in planwirtschaftlichen Systemen, sind mehr oder minder willkürliche Rationierungsregime. Diese unterliegen ebenfalls einer binnenbürokratischen sowie einer politischen Logik und erzeugen weitere Ineffizienzen. Die Qualität der Systeme leidet zunehmend, der Qualitätsverlust hält sozusagen mit der Kostenexplosion schritt. Der kümmerliche private Sektor nimmt zunehmend eine Ventilfunktion an: Wer besonders unzufrieden ist und es sich leisten kann, weicht auf ein teures aber überlegenes privates Angebot aus. Das kollektive System zerfällt, Ungleichheit nimmt zu – bis hin zu sozialen Spannungen. Die Kollektivierung führt – zur grossen Überraschung vieler – nicht etwa zu einem utilitaristischen Nutzengewinn, sondern zu einer finanziellen Überlastung, einem Qualitätsverlust und vor allem zu Uneinigkeit.

2. Hochschulbildung ist ein kompliziertes Gut

Eine weitere Parallele von Gesundheit und Bildung ist die Komplexität des Gutes, das diverse Nutzen auf einem vierteiligen Markt für unterschiedliche Akteure erbringt und dabei nicht leicht zu bewerten und vergleichen ist. Hochschulbildung etwa

dient auf den ersten Blick vor allem der Wissensaneignung, die Studierenden werden schlauer, vielleicht auch klüger. Kritische Stimmen sagen: Auf diese Wissensaneignung kommt es aber gar nicht wirklich an, wichtiger ist, dass mit dem Abschlussdiplom signalisiert wird, die Absolventen seien schlauer oder klüger. Systemisch betrachtet wird dem Arbeitsmarkt so die Selektion möglicher Arbeitskräfte erleichtert – und der Inhaber des Diploms profitiert in Heller und Pfennig.

Eine weitere Theorie setzt nicht bei Wissen oder Signalen an, sondern bei den Beziehungen: Während des Studiums knüpfen die Studierenden wertvolle Kontakte untereinander, zu höheren und tieferen Jahrgängen, zu Referenten und Dozierenden etc. So wird Sozialkapital aufgebaut, also ein Netzwerk, aus dem im weiteren Lebensverlauf Gefallen und Vorteile generiert werden können. Was dagegen genau im Lehrbuch stand oder in der Vorlesung erzählt wurde, ist sekundär. Ein Nebeneffekt ist die Sozialisation der Studierenden, denn durch die gemeinsame Zeit lernen sie, wie man sich als Akademiker zu benehmen hat, was sich in gebildeten Kreisen gehört und was nicht – sie erhalten die «Soft Skills», um in gehobenen sozialen Schichten zu reüssieren.

Von den Studierenden abgesehen dient gerade das Hochschulsystem natürlich auch der Forschung – traditionell die Universitäten, zunehmend auch die Fachhochschulen. Hierbei kommt es zu Synergien: Forschende generieren neues Wissen und geben dieses direkt an Lernende weiter. Experten können Expertenwissen vermitteln und so neue, kleine Experten nachziehen. Nicht selten kommt es dabei zu einer der erwähnten Quersubventionierungen – manche Organisationen verdienen mehr an der Lehre und können so Forschung ermöglichen, bei anderen ist es umgekehrt. Manchmal kommt es auch zu Aufwärtsspiralen oder «Win-Win-Effekten»: Ausgezeichnete Forschung steigert die Reputation der Organisation und ermöglicht so die Erhebung höherer Gebühren.

Hochschulen agieren dabei immer in einem mindestens zweiseitigen Markt: Neben den Absolventen müssen sie auch die Arbeitgeber im Auge behalten, denn gelingt es nicht, Interesse bei den Arbeitgebern zu erzeugen, wird die Hochschule auch für Studierende weniger interessant. Für beide, Arbeitgeber und Studierende, ist die Bildung dabei ein Erfahrungsgut – man muss es ausprobiert haben, um seine Qualität beurteilen zu können. Von aussen mag der schöne Schein trügen, denn aus den genannten Signalisierungsgründen bemühen sich Hochschulen und Absolventen in der Regel um die Pflege eines positiven Images. Ein Student wäre nicht klug beraten, nach dem Abschluss die Qualität der besuchten Hochschule in Frage zu stellen.

3. Bildung ist (k)ein öffentliches Gut

Kurzum, «it's complicated», wie man im Englischen treffend sagt. Bildung ist ein kompliziertes, ja komplexes Gut mit vielen Anspruchsgruppen und einer nur schwierig zu beurteilenden Qualität. Von dieser Feststellung ist es nicht mehr weit zu der populären Annahme, Bildung sei sogar ein öffentliches Gut. Weil viele Interessen damit verbunden seien und Bildung ja irgendwie auch gut für die Öffentlichkeit sei.

Ein «öffentliches Gut» ist aber in der ökonomischen Theorie klar definiert, es weist eine Nichtrivalität und Nichtausschliessbarkeit im Konsum auf. Und selbstverständlich lassen sich Menschen von einem Studium ausschliessen – genau diesem Zweck dient der Numerus clausus. Denn der Platz in den Vorlesungssälen und die Zeit der Dozierenden ist eben sehr wohl beschränkt.

Wenn schon kein öffentliches Gut, so das Gegenargument, dann ist aber Bildung doch im öffentlichen Interesse, denn es weist eben positive Externalitäten auf. Das Argument der positiven Externalität ist zugleich eines der beliebtesten und schwächsten für die Rechtfertigung staatlicher Interventionen. Populär, weil praktisch kein Gut keine positiven Externalitäten aufweist. Schönes Beispiel: das Deodorant. Es sorgt dafür, dass Mitmenschen nicht einer Geruchsbelästigung anheimfallen. Werden aber Deos darum staatlich subventioniert? Leider nein, würden die Deodorant-Hersteller wohl sagen.

Schwach ist das Argument der positiven Externalitäten aus diversen Gründen: Erstens hat praktisch jedes Gut auch negative Externalitäten, die gegen die positiven aufzuwiegen sind. So mögen etwa manche Menschen auf die Duftstoffe eines Deodorants allergisch reagieren. Zweitens sind positive Externalitäten eben Externalitäten, also nicht internalisiert, weil sie schwierig zu internalisieren sind. Wieviel ist es uns wert, dass der Nebensitzer im Bus oder in der Tram nicht stinkt? Das mag banal klingen, führt aber dazu, dass eine staatlich organisierte Internalisierung mindestens so oft falsch liegen kann, wie richtig. Ein drittes Problem der Externalitäten ist die Mobilität. Was wenn eine Gemeinde sich für die Subventionierung von Deodorants ausspricht, ein Bewohner aber für seine Arbeit stets ins Nachbardorf pendelt. Dann fallen die positiven Externalitäten nicht bei den Zahlenden an, ein klarer Wohlstandsverlust.

Weg vom Deo, hin zur Bildung: Wie sollten wir kollektive Gewinne und Verluste durch Bildung gegeneinander abwägen? Studierende stehen dem Arbeitsmarkt lange nicht zur Verfügung, sie studieren vielleicht das Falsche und werden arbeitslos, oder es wird ihnen Unsinn beigebracht, der sich negativ auf die Gesamtwohlfahrt auswirkt. Es ist praktisch unmöglich, die «Netto-Externalität» zu bestimmen. Hinzu kommt die Schwierigkeit, die Externalitäten zu verorten. Was wenn ein Studium vor allem positive Externalitäten unter Akademikern auslöst, dann wäre es falsch, Nicht-Akademiker in Haftung zu nehmen. Und schliesslich: Was, wenn gut Gebildete einmal den Kanton oder das Land verlassen? Dann waren die öffentlichen Investitionen für die Katz.

4. Bildungssubvention führt zu Bildungsinflation

Ein weiterer Grund, positive Externalität nicht für eine Rechtfertigung öffentlicher Förderung zu halten, sind die aversen Effekte eben dieser Förderung. Die verzerrenden Effekte der Bildungssubvention sind zu vielzählig, als dass sie hier erschöpfend behandelt werden könnten, einer soll jedoch Erwähnung finden: die Bildungsinflation. Was ist damit gemeint? Wird der Konsum eines Gutes gefördert, so steigert dies in der Regel den Konsum. In unserem Fall: mehr Menschen studieren.

Dies führt einerseits zu einer Übernutzung von Ressourcen, in deren Folge beispielsweise neue Lehrräume errichtet und weitere Dozierende ausgebildet und angestellt werden müssen. (So lässt sich im Wesentlichen das rasante Wachstum des Bildungsektors erklären.)

Hätte Bildung nun alleine die Funktion, Wissen zu vermitteln, wäre dies nicht sehr problematisch – je mehr Wissen in je mehr Köpfen, desto besser. Wie oben beschrieben ist dies aber nicht die einzige Funktion gerade der Hochschulbildung. Ebenso von Bedeutung ist die Selektion und Distinktion, das Signaling und die Erzeugung von Sozialkapital. Wenn aber jeder Mensch ein Hochschuldiplom erhält, dann verliert dieses sein Unterscheidungsmerkmal, seinen Informationswert für potenzielle Arbeitgeber. Bildungsinflation lässt sich trefflich am Beispiel des Abiturs in Deutschland studieren, wo es beinahe schon zu einem Stigma geworden ist, kein solches vorweisen zu können. Für Universitäten besagt dies aber: das Abitur verliert seinen Wert als Ausweis der Hochschulzugangsbefähigung.

Nicht zuletzt erzeugen Massenuniversitäten nicht im selben Masse Sozialkapital, Zusammengehörigkeitsgefühl und Verhaltenskodizes, wie übersichtliche Organisationen. Auch die Schweiz kennt eine Bildungsinflation, aufgrund der relativ geringen Maturandenquote aber eher im Bereich der Weiterbildungen. Subventionen erzeugen am Ende einen Teufelskreis, da immer mehr Studierende den Wert des Studiums reduzieren aber seine Kosten erhöhen, zu Ausweichverhalten führen und so Kosten weiter anheben – am Ende erfüllt das Bildungssystem seinen gesellschaftlichen Zweck immer schlechter, wird dabei aber immer teurer.

5. Bildungspolitik ist auf verschiedenen Augen blind

Zunehmend werden darum Stimmen laut, die den Wert einer Hochschulbildung grundsätzlich in Frage stellen. Denn ab einem gewissen Grad der Bildungsinflation übersteigen die Kosten eines Studiums deren Nutzen. Schliesslich hat auch Bildung Opportunitätskosten. Der exzentrische Internet-Milliardär Peter Thiel hat eine Initiative ins Leben gerufen, die Studienabbrechern ein Stipendium verspricht – nicht ein Bildungsstipendium, sondern eine Anschubfinanzierung für eine Existenzgründung. Sein Argument: Würden weniger Menschen studieren und dafür mehr von ihnen Unternehmen gründen, wäre die Welt deutlich wohlhabender. Paradox: Mehr Bildung kann auch ärmer machen?

Die provokative Idee lenkt die Aufmerksamkeit auf eine interessante Frage: Was hätten die Studierenden mit ihrer Zeit gemacht, wenn sie nicht studiert hätten? Nur herumgelungert oder nicht möglicherweise doch durch Arbeit Wert geschaffen – und dazugelernt, im realen Leben? Im Falle der Doktorate gilt es heute als gesichert, dass diese keinen Gewinn erzeugen, wenn im Anschluss keine akademische Karriere angestrebt wird. Zu viel Zeit wird in einen Abschluss und Titel investiert, und das in einer Lebensphase, die für die Karriere besonders bedeutsam ist.

Weitgehend offen ist auch die Frage, wie die Präferenzen und Lebensentscheidungen während eines Studiums verändert werden. Eine bekannte Schweizer Hochschule ausgezeichneter Reputation führte einmal eine Befragung ihrer Studierenden durch – vor und nach dem Studium. Siehe da, nicht nur die Berufsabsichten wandelten sich stark, auch die Massstäbe eines erfolgreichen Berufslebens. Diese Präferenzverschiebung kann kollektiven Nutzen erzeugen, wenn jungen Menschen Flausen aus dem Kopf vertrieben werden und eine dumme durch eine kluge Karriereentscheidung ersetzt wird. Nur wie können wir wissen, dass nicht genauso oft das Gegenteil passiert?

6. Bildungspolitik leidet unter planwirtschaftlichen Krankheiten

Unsere sechste These kann an dieser Stelle nicht mehr überraschen. Es ist möglich, dass unsere Bildungspolitik durch seine Subventionseffekte, Inflation, Präferenzverschiebung, mangelnde oder falsche Internalisierung externer Effekte etc. mehr Schaden als Nutzen anrichtet. Letztlich krankt das Bildungssystem an denselben Mängeln aller Planwirtschaften, die Ludwig von Mises treffend als eine Unmöglichkeit der Kalkulation beschrieb und Friedrich August von Hayek als Anmassung von Wissen. In der Theorie liesse sich der kollektive Nutzen einer Gruppe vielleicht steigern, wenn die über die Kosten hinausgehenden positiven Externalitäten von subventionierter Bildung anschliessend korrekt internalisiert würden. Wenn.

Doch die planwirtschaftliche Bereitstellung der Bildung zerstört dessen Preismechanismus und verzerrt Präferenzen. Die erwähnte Kostenwahrheit und -klarheit geht ebenso verloren wie die tatsächliche Zahlungspräferenz – der Studierenden wie auch der Arbeitgeber. Das Preissystem wird so gründlich verwirrt, dass selbst ein auf Effizienz getrimmter gutwilliger Bürokrat keine Anhaltspunkte hätte, das richtige Mass und die richtige Höhe der Bildungssubvention oder -allokation zu bestimmen. Und so landen wir bei der Hayekschen Anmassung des Wissens: die Bildungsbürokratie gaukelt eine Rationalität vor, die faktisch nicht existiert.

So kommen am Ende die Erkenntnisse der Politökonomie ins Spiel: Angesichts eines Mangels rationaler Entscheidungsgrundlagen beschliesst das System anhand politischer Opportunitäten. Und in der politischen Arena gelingt es bekanntlich kleinen, gut organisierten Gruppen regelmässig, sich auf Kosten der Allgemeinheit zu bereichern. Lobbys erwirken Pfründe für Ihre Klientel, die die Gesamtwohlfahrt schmälern, aber manche Brieftaschen etwas dicker machen. Das führt uns schliesslich zur siebten These.

7. Bildungspolitik ist wahrscheinlich nicht wertschöpfend

Es gibt gute Gründe anzunehmen, dass genau das Gegenteil des öffentlich verbreiteten Narratives zutreffend ist: Die öffentliche Bereitstellung von Bildung schafft keinen kollektiven Wert, sie vernichtet ihn. Wir hatten gesehen wie eng der Grad einer «richtigen» Bildungspolitik ist, die alle Hebel exakt so einzustellen in der Lage ist, dass die Internalisierung der (netto) positiven Externalitäten an der richtigen

Stelle gelingt. Und wir hatten gesehen, warum dieses glückliche Szenario unwahrscheinlich ist. Tatsächlich wohnt aber dem Argument positiver Externalitäten ein inhärenter Widerspruch inne.

Denn einer der wenigen zumindest etwas validen Indikatoren positiver Externalitäten von Bildung ist das so genannte «Einkommenspremium». Mit anderen Worten: Studierte Menschen verdienen im Schnitt mehr als nichtstudierte. Das zeigt uns, dass sie einen grösseren Beitrag zur Volkswirtschaft leisten – ihr Arbeitsangebot wird durch die Tauschpartner als wertvoller eingeschätzt, darum sind sie bereit, ein höheres Gehalt zu zahlen. (Wertvoll, wohlgemerkt, tatsächlich in einem rein ökonomischen Sinne.) Das bedeutet: Weil Ärzte so viel mehr verdienen als Hausmeister, wissen wir, dass Ärzte eine wertvolle Leistung erbringen – und dass es sich vermutlich lohnt, mehr Ärzte auszubilden.

Der aufmerksame Leser merkt: Das Einkommenspremium internalisiert aber genau einen wesentlichen Teil des signalisierten Mehrwerts der Ausbildung. Ja, ein höheres Einkommen zeigt einen höheren kollektiven Nutzen an, aber es sorgt zugleich dafür, dass sich diese Bildung lohnt. Ein öffentlicher Eingriff ist daher gar nicht notwendig. Der Arbeitsmarkt setzt genau die richtigen Anreize damit junge Menschen die richtigen Bildungsentscheidungen treffen. Ein durchschnittlich hohes Lohnniveau einer Tätigkeit zeigt uns (*ceteris paribus* unter Ausschluss staatlicher Interventionen), dass die Mitmenschen dieser Tätigkeit einen höheren Wert beimessen. Ein rationales Bildungssystem setzt daher Anreize, genau für diese Tätigkeiten eine Ausbildung anzustreben.

Tatsächlich zeigen empirische Untersuchungen, dass das Einkommenspremium nach Studienfach stark variiert. Manche Studienrichtungen, man denke etwa an gewisse Geisteswissenschaften, produzieren praktisch gar kein Einkommenspremium. Andere dagegen ein sehr hohes. Humankapitaltheoretisch bedeutet das, dass gerade «rentable» Investitionen in die eigene Bildung gut internalisiert werden können. Gerade Bildung ist tatsächlich in einem freien Arbeitsmarkt ein relativ gut kalkulierbares Investitionsprojekt mit relativ stabilen Renditen. Darum sind auch Studienkredite ein valables Finanzierungsmodell gerade für eine Hochschulbildung.

Schlecht funktionieren Studienkredite natürlich für Bildungsprojekte, die absehbar keine oder nur eine kleine Rendite abwerfen. Aber gerade in diesen Fällen ist es unwahrscheinlich (nicht ausgeschlossen), dass nennenswerte (netto) positive Externalitäten vorliegen. Genau diese Projekte sollten in der kollektivistischen Binnenlogik eben nicht subventioniert werden. Offenkundig beisst sich das geläufige Argument für eine starke Rolle des Staates in der Bildung in den eigenen Schwanz, Inkonsistenzen werden sichtbar. Entweder erzeugt Bildung tatsächlich positive Externalitäten, dann sind diese vermutlich mit einem Einkommenspremium verbunden und eine Subvention ist nicht notwendig. Oder aber eine Subvention ist notwendig, weil das Studium sonst nicht rentabel wäre, dann liegen aber vermutlich keine oder nur kleine positive Externalitäten vor.

Eine Analyse des öffentlichen Diskurses offenbart an diesen Stellen häufig einen argumentativen Bruch: Freunde des öffentlichen Bildungssystems bringen dann gerne vor, dass sich Bildung nicht nur ökonomisieren lasse, dass Bildung eben auch höheren Werten diene oder gar ein Selbstzweck sei. All dies soll an dieser Stelle gar nicht bestritten werden, nur sei angemerkt: Es handelt sich dann um eine völlig andere Debatte die eben jenseits utilitaristischer Dimensionen verläuft. Gerade in der Kombination beider Argumentationsstränge liegt aber der Grund zur Annahme: das öffentliche Bildungswesen fördert vor allem jene Formen der Ausbildung über das ohnehin nachgefragte Niveau hinaus, die eben keine positiven Externalitäten aufweisen. Es vernichtet mehr ökonomischen Wert als es solchen schafft.

8. Liberale sind nicht neoliberal

Es ist interessant, dass an dieser Stelle gerade Liberalen gerne eine menschenverachtende, vereinfachend-eindimensionale ökonomistische Sichtweise vorgeworfen wird – also das, was sich hinter dem unsäglich schwammigen Schlagwort und Vorwurf «neoliberal» verbirgt. Es ist daher wichtig zu betonen, dass es eben nicht die Liberalen sind, die die Ökonomisierung der Bildung vorantreiben, sondern die Anhänger staatlicher Bildungsinterventionen. Dem Liberalen ist es genau genommen völlig gleichgültig, ob ein Bildungsweg «rentiert» und positive Externalitäten aufweist oder nicht. Bildung ist hier eine individuelle, eigenverantwortliche Lebensentscheidung. So lange Mitmenschen durch eine Ausbildung nicht direkt geschädigt werden, soll jeder Mensch frei sein, seinen oder ihren persönlich optimalen Bildungsweg zu wählen.

Erst wenn Bildung kollektiviert und zwangsfinanziert werden soll, beginnen die Fragen nach dem kollektiven Nutzen, der «Rendite» von Bildung. Es sind nicht die liberalen Anhänger eines freien Bildungswesens, die auf Externalitäten bestehen, sondern dessen Gegner. Kein Liberaler verlangt, dass Bildung rentabel sein muss – jeder Mensch sollte ganz frei sein, sich für einen Lebensweg zu entscheiden, der durch diverse Studien zu vielleicht materiellem Verzicht aber persönlicher Erfüllung führt. Im Gegenteil, gerade solche Biographien können eine freiheitliche Gesellschaft bereichern – und werden durch das normierte öffentliche Bildungswesen erschwert.

Nicht zuletzt sei angemerkt, dass die schiefen Externalitäten-Kalkulationen des öffentlichen Bildungswesens eben nicht nur ökonomische Kosten erzeugen, sondern auch menschliche. Durch falsche Anreize werden junge Menschen in Ausbildungsgänge gelockt, die ihnen keine Freude bereiten und am Ende möglicherweise nicht mal zu einem materiell besseren Leben beitragen. Karrieresorgen oder Arbeitslosigkeit können mit volkswirtschaftlichen Kosten verbunden sein, sie stellen aber vor allem persönliche Schicksale dar. Umso schlimmer, wenn diese durch die falschen Versprechungen subventionierter Bildung verursacht werden.

9. Linke und Rechte sollten Wettbewerb fordern

Am Ende ist die Frage eines guten Bildungssystems keine der Gesässgeographie. Tatsächlich finden sich auf der politischen Rechten ebenso viele Verteidiger des

öffentlichen Bildungswesens wie auf der politischen Linken – wenn auch durchaus unterschiedlich motiviert. Die einen mögen Ordnung, Kontrolle und Normierung, die anderen erhoffen sich Gleichheit. Beide hängen der Hoffnung internalisierter Externalitäten an. Das liberale Gegenargument baut hingegen vor allem auf Vielfalt, auf Auswahl und Wettbewerb. Es sind diese Unordnung und -gleichheit, die es liberalen Argumenten im Bildungsdiskurs schwermachen. Doch sowohl humanistische wie auch streng ökonomische Überlegungen sprechen für den Weg der Vielfalt, für eine Offenheit des Bildungssystems für die Vielgestaltigkeit der Bedürfnisse von Eltern, Schülern, Studierenden, Arbeitnehmern und Arbeitgebern.

Sowohl profitable als auch nicht-profitable Bildungswege brauchen Vielfalt, um entstehen und florieren zu können. Tiefe Eintrittshürden und offene Märkte sorgen dafür, dass neue Ideen entstehen und sich entfalten können, dass aber auch gescheiterte Rezepte einmal ad acta gelegt werden. Kleinteilige Experimente, die auch bei einem Scheitern keinen allzu grossen Schaden auslösen, sind stets die Stärke offener, wettbewerblicher Systeme. Vielfalt statt Einheitlichkeit vermeidet auch die Verbissenheit vieler Bildungsdebatten, die allzu schnell ins Weltanschauliche kippen und konstruktive Lösungen so blockieren.

Wahr ist aber auch: Vielfalt erfordert einen Rückzug des Staates. Dieser kann auf verschiedene Weisen erfolgen, durch eine Öffnung der Angebotsstrukturen, die Entlassung bestehender Anbieter in den Wettbewerb und die erleichterte Zulassung neuer Anbieter – selbst wenn Bildung weiter subventioniert würde (zu denken sei an das Bildungsgutschein-System). Alternativ oder ergänzend wäre eine Reduktion öffentlicher Finanzierung wichtig, um Verzerrungen und Inflationseffekte sowie negative Externalitäten (um bei der Terminologie zu bleiben) zu vermeiden. Eine subsidiäre Subjektförderung wäre hier denkbar, tatsächlich muss aber eine Kostenklarheit und -wahrheit in das Bildungswesen Einzug halten.

10. Prognosen sind schwierig, vor allem betreffend der Zukunft

Unsere abschliessende, zehnte These ist einem Bonmot entlehnt, dass wahlweise Mark Twain, Winston Churchill oder Kurt Tucholsky zugeschrieben wird. Richtig ist es in jedem Fall. Ähnlich wie im eingangs erwähnten Gesundheitssystem werden die Fehlsteuerungen der öffentlichen Hand auch im Bildungssektor zunehmend sichtbar. Meist erheischen dabei vor allem die Kosten Aufmerksamkeit, gelegentlich durch vergleichende Studien auch die Bildungsergebnisse – mit unterschiedlichem Erfolg. Die Nachfrage nach privaten Angeboten ist, wie erwähnt, ebenfalls ein Krisenindikator. All dies beantwortet aber nicht, wohin die Reise geht.

Ein disruptiver Faktor könnte, wie in vielen Bereichen, die Technologie sein. Massive open online courses (MOOCs), die beinahe unbegrenzt Vielen die virtuelle Teilnahme an Vorlesungen ermöglichen, senken die Rivalität im Konsum von Bildung und verändern so die Spielregeln. In jedem Fall reduzieren Online-Angebote massiv die Transaktionskosten der Bildung. Immer häufiger können Zertifikate auch kostenlos erworben werden. Zumindest die Kosteninflation der Bildung könnte so aus der

Spur gestossen werden. Die zwischenmenschliche Interaktion bleibt aber voraussichtlich weiterhin ein Engpass in der Bildungsbranche.

Viele interessante Bildungsinnovationen entstehen in Schwellenländern, die in sehr kurzer Zeit ihren Wohlstand erhöhen und grosse Studierendenzahlen in noch junge und relativ flexible Bildungssysteme strömen lassen. Diese Entwicklung spürt der Westen durch die hohe Zahl Studieninteressierter aus dem Ausland – eine Chance für findige Anbieter. Es ist aber umgekehrt absehbar, dass Bildungsinstitutionen aus dem Süden oder Osten bisweilen etwas trägen westlichen Anbietern eine handfeste Konkurrenz bereiten werden. Wenn die ersten Schwellenländer an den europäischen Märkten vorbeiziehen, wird mit hoher Wahrscheinlichkeit ein neuer Wind in den Bildungsdiskurs gepustet werden.

Die Globalisierung und Internationalisierung der Wirtschaft und der – gerade hoch qualifizierten – Arbeitskräfte erschüttern ebenfalls die gewohnten Paradigmen der Bildungspolitik. Sie machen es immer unwahrscheinlicher, dass die positiven Externalitäten teurer Ausbildungsgänge tatsächlich erfolgreich im Inland internalisiert werden können. Diese Entwicklung und Erkenntnis wäre wünschenswert, um das ohnehin fragwürdige Externalitäten-Paradigma endgültig aus der Bildungsdebatte zu verbannen. Denn wie unsere kurze Abhandlung zeigen sollte: Nimmt man die ökonomischen Argumente in der Bildungsdebatte ernst, misst man die Befürworter eines starken Staates in der Bildung also an ihren eigenen Massstäben, so zeigt sich schnell, dass wenig für ein öffentliches Angebot von Bildung spricht, und vieles für Vielfalt, Wettbewerb und Privatinitiative. Sei es im Sinne des Humanismus oder eben auch des Utilitarismus.



LIBERALES INSTITUT

Impressum

Liberales Institut
Rennweg 42
8001 Zürich, Schweiz
Tel.: +41 (0)44 364 16 66
Fax: +41 (0)44 364 16 69
libinst@libinst.ch

Dieser Beitrag erschien im Buch «Markt für Bildung – Die Vorteile von Vielfalt und Wettbewerb» (Edition Liberales Institut).

Alle Publikationen des Liberalen Instituts finden Sie auf www.libinst.ch.

Disclaimer

Das Liberale Institut vertritt keine Institutspositionen. Alle Veröffentlichungen und Verlautbarungen des Instituts sind Beiträge zu Aufklärung und Diskussion. Sie spiegeln die Meinungen der Autoren wider und entsprechen nicht notwendigerweise den Auffassungen des Stiftungsrates, des Akademischen Beirates oder der Institutsleitung.

Die Publikation darf mit Quellenangabe zitiert werden.
Copyright 2019, Liberales Institut.